

# Erlaubt mir Rechenschaft abzulegen

**L**iebe Genossinnen und Genossen!  
Die Lage ist ernst. Krieg, Energiekrise, Schuldenkrise, Klimakrise, Migrationskrise, Pandemie, Inflation, Digitalisierung, soziale Spaltung. Eine komplizierte Gemengelage vereinigt sich zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise, die grundlegende Fragen nach systemischen Veränderungen aufwirft. Wir befinden uns kurz nach den Europa- und Kommunalwahlen. Wir registrieren einen alarmierenden Rechtsruck, der befeuert wird durch die wachsenden wirtschaftlichen Unsicherheiten und Ängste über die Zukunft des Kontinents.

Das Ergebnis der Wahlen ist eine Niederlage für die Friedenskräfte. Die drei Parteizusammenschlüsse, die auch bisher die Mehrheit hatten – Christdemokraten (EVP), Sozialdemokraten und Liberale –, errangen fast 400 der 720 Mandate. Die Kriegspolitik wird weiter gehen.

Der Bundeskanzler hat auf seinen Plakaten Frieden schreiben lassen. Das hat keinen Menschen überzeugt. Hat er doch gleichzeitig Entscheidungen für eine Ausdehnung des Krieges getroffen. Mit deutschen Waffen darf wieder auf russisches Territorium geschossen werden. So viel Verlogenheit wurde von den Wählerinnen und Wählern bestraft. Die Wahlergebnisse sind eine Wahlschlappe für die Koalitionsparteien der Bundesregierung: sie verlieren alle drei und kommen auf weniger als ein Drittel der Stimmen.

Auch Die Linke verliert massiv an Wählerzuspruch und halbiert ihre Stimmenzahl auf 2,7% (-2,8%). In vier ostdeutschen Bundesländern landet die Partei unter 5%.

Die deutsche Parteienlandschaft bleibt in Bewegung: das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erreicht aus dem Stand 6% und zieht mit sechs Abgeordneten ins Europaparlament ein.

Die AfD erreicht mit 15,9% (+4,9%) ihr bisher bestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl. In den östlichen Bundesländern wird die AfD überall stärkste Kraft.

Die uns nahestehende Linkspartei hat viele ihrer nach langen Jahren des Niedergangs noch verbliebenen Wähler an das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verloren, das ge-

rade im Osten durchweg deutlich besser abschnitt und hier zur drittstärksten politischen Kraft aufstieg – ohne Strukturen in der Fläche und ohne eigentlichen Apparat. Die Linke, das hat diese Wahl wieder gezeigt, erreicht ihre einstige Kernklientel nicht mehr. Sie wird von diesen Menschen als Bestandteil oder als Anhängsel des liberalen Blocks wahrgenommen – und das lässt sich nicht so einfach reparieren.

Offenbar liegt mit diesem Resultat der gesamte politische Ansatz der Parteiführung in Trümmern: Jahrelang hatte die tonangebende Fraktion im Parteivorstand auf den politischen und organisatorischen Bruch mit der Strömung um die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht hingearbeitet. Die Auseinandersetzungen mit Wagenknecht und die von Wagenknecht vorgetragene Kritik am Kurs der Partei wurden für die endlose Abfolge von Wahlniederlagen verantwortlich gemacht. Jetzt zeigt sich, dass nicht nur Wagenknecht weg ist, sondern viele der noch verbliebenen Wähler mitgegangen sind.

Die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch hat am 18. Juni auf ihrer Webseite mitgeteilt, dass sie bei der Bundestagswahl 2025 nicht wieder antreten wird. Löttsch war sechsmal für Berlin-Lichtenberg direkt in den Bundestag gewählt worden. Sie kritisiert den EU-Wahlkampf der Linkspartei. Sie schreibt: „Soziale Gerechtigkeit und Frieden sind die beiden Themen, mit denen wir in der Vergangenheit Wahlen gewonnen haben. Ein Grund für das katastrophale Ergebnis bei der Europawahl war eine Strategie, die unser Parteiprogramm nur in Teilen widerspiegelte. Der Parteivorstand wollte nicht über Frieden reden, weil unsere Partei in dieser Frage gespalten wäre.“

Gesine Löttsch meint „Wer existenzielle Fragen nicht diskutieren will, der wird abgewählt.“

Der nächste Parteitag müsse „eine Strategieänderung“ herbeiführen. Und dann stellt die erfolgreiche Politikerin fest. „In einem Strategiepapier aus dem Karl-Liebke-Haus für die kommende Bundestagswahl steht: „Frieden: wichtig für ältere potenzielle

Wähler\*innen (vor allem im Osten). Die potenziellen Wähler\*innen sind hier gespalten." Das Papier wurde schon dem Spiegel zugespielt. Nein, Frieden ist nicht nur etwas für ältere Menschen im Osten. Was sind das für Leute, die solche Einschätzungen treffen?" Ich kann diese Frage nicht beantworten. Mein Eindruck ist allerdings, dass der Versuch, das Abbröckeln der alten Wählerbasis durch eine organisatorische und politische Öffnung für liberal-aktivistische, „urbane Milieus“ aufzufangen, sich mehr und mehr als vollständiges Fiasko erweist.. Die überwiegend fiktiven „Bewegungen“, die man mit der als Coup gefeierten Nominierung der Spitzenkandidatin Carola Rackete ansprechen wollte, scheinen nicht die Partei zu wählen.

Die sonstigen Kleinparteien erhalten wie erwartet relativ viele Stimmen. Dabei fällt insbesondere das Ergebnis von Volt mit erstaunlich starken 2,6% (+1,9%) auf. Insgesamt muss es der Anspruch für eine moderne Linkspartei sein, einen Großteil der eher diffus verteilten Stimmen im progressiven Wählerspektrum an sich zu binden. Das Erstarren von Tierschutz, PARTEI, Piraten oder auch Volt in den letzten Jahren ist spiegelbildlich als Ausdruck der Unattraktivität und Schwäche der Linken zu lesen.

Die gesellschaftliche Debatte driftet weiter nach rechts, so finden es 79% der Befragten (Deutschlandtrend vom 4.4.24) richtig, das Bürgergeld zu kürzen, wenn Arbeitsangebote abgelehnt werden. Lediglich 10% finden, das Bürgergeld sollte angehoben werden, während 74% die Verteidigungsausgaben erhöhen wollen (Deutschlandtrend vom 7.3.2024). Die gesellschaftliche wie parteiförmige Linke befindet sich in der Defensive. In einer Analyse sollte jedoch zuerst gefragt werden, welche Akzeptanz dieses Europa bei den Wählern besitzt. Zwar gab es in einzelnen Ländern eine höhere Wahlbeteiligung, dennoch ist zu konstatieren, dass gerade einmal die Hälfte der 350 Mio. Wahlberechtigten an der Wahlen teilnahm. Das Schlusslicht bei der Wahlbeteiligung bildete diesmal Litauen mit knapp 29%. In Estland, wo man sogar online abstimmen konnte, beteiligten sich nur 37,8%. Selbst Frankreich und Spanien kamen nur auf etwa 50% Wahlbeteiligung. In Italien konnte die faschistische Regierung ihre politische Dominanz deutlich bestätigen, wobei sich die taktisch angepasste Variante von Giorgia Meloni („Fratelli d’Italia“) mit etwa 30% gegen Matteo Salvini Lega und Forza Italia (jeweils knapp 9 %) durchsetzen konnte. Der „Kuschelkurs“ mit Ursula von der Leyen scheint bei den italie-

nischen Wählern gut anzukommen.

Erkennbar ist, dass die gesellschaftliche Mobilisierung gegen Rechts und das mediale Trommelfeuer die Wähler der AfD nicht erreichte.

Damit werden aus fast allen Ländern, die an den Europawahlen beteiligt waren, extrem rechte Mandatsträger in das Parlament einziehen. In den kommenden Debatten wird es darum gehen, ob eine Zusammenarbeit den extrem rechten Parteien im Europaparlament möglich wird.

In den Auseinandersetzungen geht um eine notwendige Transformation - besonders im Auto- und Stahlstand an der Saar. Dabei stellt sich die Frage: Werden die Sorgen und Nöte der Menschen ernst genommen und die demokratischen Beteiligungen ausgedehnt oder erfolgt der Umbau nach alter kapitalistischer Manier und die demokratischen Rechte werden weiter eingeschränkt und beschnitten?

In dieser Zeit wirkt unsere Peter-Imandt Gesellschaft e.V. und hat entsprechend der Kooperationsvereinbarung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2023 30.861,52 € für die politische Bildungsarbeit ausgegeben. Wir haben 49 Einzelveranstaltungen durchgeführt, also in etwa jede Woche eine, insgesamt haben wir damit 1.281 Menschen erreicht, genaue Statistiken entnehmt bitte dem umfangreichen Sachbericht.

Diese Arbeit erfüllten wir in einer komplizierten politischen Lage. Es wachsen jene Kräfte, die mit einfachen Phrasen demagogisch Menschen davon abhalten wollen, für ihre Interessen selbstbestimmt einzutreten. Anstatt die Probleme der Menschen anzupacken, wird mit rechten Parolen scheinbare Lösungen angeboten, die die Lage noch mehr verschlimmern würden. Andersdenkende werden herabgewürdigt und in Schubladen gesteckt. Diskutiert werden politische und ethnische Säuberungen, braunes Gedankengut wird hoffähig. Menschen mit Migrationsgeschichte werden diffamiert.

Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der AfD beherrscht seit Jahren die Schlagzeilen. Die AfD hat die Grenzen des Sag- und Machbaren nach rechts verschoben, kann schon heute gesellschaftliche Diskurse bestimmen. Gemeinsam mit den Ampel-Parteien und der CDU unterstützt die AFD die Rechtsregierung in Israel und deren Verbrechen im Gaza. Zwar ist man gegen den Wirtschaftskrieg gegen Russland und sieht in der Unterstützung der Ukraine die deutschen Interessen verletzt, meint damit aber wohl mehr die Interessen des deutschen Kapitals. Die AFD bezeichnet sich selbst als „Partei

der Bundeswehr“ und fordert die weitere Erhöhung des „Wehretats“.

Wenn wir unter dem Motto „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ agieren, dann erinnern wir an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus. Der Kampf gegen Nazis und gegen Krieg sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Und so gehören die wachsende Kriegsgefahr, der Sozialabbau und der Abbau demokratischer Rechte zusammen.

Nicht nur die Politik der AfD ist rassistisch und rechtsextrem, sondern auch andere Kräfte tragen momentan neue rechte und kriegstreiberische Diskurse mit. Die Junge Union will auf dem Saarlouiser Ford-Gelände „einsatzfähige“ Panzer bauen. Die CDU-Landtagsfraktion möchte, dass die Landesbank Saar Rüstungsbetriebe finanzieren soll. Und die SPD-Landesregierung meint, es spreche grundsätzlich nichts gegen Verhandlungen mit Rüstungsunternehmen. Die FDP Saar unterstrich in der Auseinandersetzung mit dem Ortsverein der Gewerkschaft ver.di die angebliche Bedeutung einer starken Verteidigungsindustrie für die Saar. Das ist ein Weg in die Katastrophe für das Saarland und seinen Menschen. Das ist nicht die Transformation, die wir wollen und brauchen. Unter dem harmlos klingenden Label „Zeitenwende“ erleben wir eine massive Militarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen. Dies wird deutlich in der Sprache ebenso wie in der ungeheuren Aufrüstung und dem immer stärker auch öffentlich ausgedrückten deutschen Großmachtstreben. Als Friedensbewegter ist man spätestens seit Beginn des Ukrainekriegs durch die einseitige Berichterstattung einem großen Konformitätsdruck ausgeliefert. Schnell mutiert man zum Putinverstehender, wenn man für Waffenstillstand, Verhandlungen und gegen Waffenlieferungen ist sowie Sanktionen ablehnt.

Der sozialdemokratische Kriegsminister spricht es aus: „Wir müssen wieder kriegstüchtig werden.“ Er beschwört die reale Gefahr eines weiteren Krieges in Europa.

Wir leben im Kapitalismus. Krieg ist ein Geschäft. Die weltweiten Militärausgaben sind 2022 auf den Rekordwert von 2,24 Bio. US-Dollar angestiegen. Davon entfallen auf die USA 39%, auf China 13% und auf Russland 3,9%. Die 29 NATO-Staaten steuern 1,18 Bio. € bei. Vergleichen wir ruhig mal, damit wir eine Vorstellung davon bekommen, wer wen bedroht. Die 32 Nato-Staaten geben zusammen 1.500 Mrd. US-Dollar fürs Militär aus und Russland 109 Mrd. Das sind nicht einmal ein Zehntel der Nato-Ausgaben.

Den stärksten Anstieg gibt es in Europa vor

dem Hintergrund des Ukraine-Krieges. Demgegenüber wurden weltweit nur 319 Millionen Dollar für die Welthungerhilfe und 204 Mrd. Dollar für die Entwicklungshilfe aufgebracht.

Wir sind das Land mit der stärksten Rüstungsindustrie und mit den höchsten Verteidigungsausgaben in Europa. Und für dieses Jahr haben wir die Zahlungen für den Krieg in der Ukraine verdoppelt. Das sind vier Jahre Kindergrundsicherung, verfeuert im Stellungskrieg im Donbas mit tausenden Toten.

Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs steht die Friedensfrage im Zentrum unseres Handelns. Dutzende Veranstaltungen über diesen Krieg folgten auch dieses Jahr. Eine Besonderheit der vielen, sehr unterschiedlichen Veranstaltungen, war fraglos das Internationale Meeting gegen den Krieg mit zwei russischen Friedensaktivisten. Weil beide Referenten in Frankreich Asyl beantragt hatten, durften sie die deutsch-französischen Grenze nicht überschreiten. Aus diesem Grund fand das Meeting mit Simultanübersetzung im traditionsreichen Restaurant Woll im französischen Spichern, nur etwa 100 Meter von der deutschen Grenze statt. An diesem geschichtsträchtigen Ort kämpften mehrfach Deutsche gegen Franzosen im Krieg 1870/71 und während des Zweiten Weltkriegs gegeneinander. Für viele Nazi-Gegner aus dem Saarland war das Gasthaus zwischen 1935 bis 1940 erste Station auf ihrem Weg ins Exil aber auch Ausgangspunkt für Widerstandskaktionen.

Dieses Jahr begehen wir den 90. Jahrestag des Einheitsfrontabkommens. Schon unseren Neujahrsempfang stellten wir unter dieses Ereignis. Im Juni 1934 wurde das Abkommen geschlossen. Bis zur Volksabstimmung am 13. Januar 1935 entwickelten sich vielfältige Aktionen und Manifestationen, die viel Aufmerksamkeit im In- und Ausland erregten. So stolz wir auf dieses Einheitsfrontabkommen auch sind, so bitter war auch die Niederlage vom 13. Januar 1935.

Es gelang den Antifaschisten nicht, Mord und Verbrechen zu verhindern, Hitler zu stürzen und eine Situation vermeiden, in der das deutsche Volk versagte. Trotz dem Abkommen vom August 1934 gelang es nicht, die Menschen von dem Unglück zu überzeugen, was über sie kommt, wenn sie für Hitler stimmen.

Es reicht offensichtlich nicht, nur das Richtige zu sagen und zu schreiben, wir müssen es auch so sagen, dass die Menschen es verstehen, und dass sie ihre eigenen Interessen selbst in die Hand nehmen. Ein starker Gegner verlangt eben das kluge Zusam-

menwirken aller fortschrittlichen Kräfte, unabhängig von weltanschaulichen oder politischen Auffassungen für einen erfolgreichen Kampf für Frieden, für die sozialen Rechte, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen und die Arbeitslosen.

Auf dem diesjährigen Neujahrsempfang zeigten wir einen Trailer für unser Filmprojekt über Horst und Alice. Man könnte glauben, die Geschwister Alice Hornung und Horst Bernard aus Saarbrücken hätten ein bewegtes politisches Leben hinter sich. Doch weit gefehlt. Selbst heute im Alter um die 90 Jahre ist deren Kalender angefüllt mit Terminen. Denn ihr Rat und was sie alles zu erzählen haben sind sehr geschätzt.

Alice und Horst sind Kinder der antifaschistischen Widerstandskämpfer Leander und Irene Bernard, die 1934 als Kommunist\*innen gegen den Anschluss an Hitler-Deutschland kämpften und 1935 nach Frankreich flüchteten. Als Flüchtlinge erlebten sie auch viel Solidarität von Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftern oder auch „staatstreuen“ Nachbarn, die ihre Entdeckung zu verhindern halfen.

1945 ins Saarland zurückgekehrt, gab es für Alice und Horst keine „Stunde Null“. Denn schon kurz danach sieht man die Familie Bernard engagiert gegen die Loslösung des Saarlandes von Deutschland, gegen aufkommenden Faschismus, für den Erhalt des Friedens und gegen Wiederbewaffnung und atomare Bedrohung. Filmemacher Kai Rappert und Patric Bies begannen 2023 mit Filmaufnahmen und Recherchen nach Fotos und Lebensstationen. Die Uraufführung der Dokumentation Alice & Horst ist für Ende 2024 geplant.

Krieg und Frieden sowie Antifaschismus sind zentrale Themen unserer Arbeit, dabei zeichnen wir uns durch vielfältige Versuche der Aneignung unserer Geschichte aus. Dazu veranstalten wir den Neujahrsempfang, indem wir ältere Filme nutzen, um in aktuelle Fragestellungen in Bezug auf geschichtliche Parallelen zu betrachten, unsere Beziehungen zu Kunst und Kultur und Wissenschaft zeichnen uns aus, ich erinnere an die Lesung mit Alfred Gulden, an die Veranstaltung im Historischen Museum Saar zu dem literarischen Tandem Erckmann-Chatrion. Dazu zählt aber auch eine Studienfahrt ins ehemalige KZ Struthof und einiges mehr.

Unsere Veranstaltungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik fallen ebenso besonders auf, weil es uns gelang, wichtige Experten ins Saarland zu holen, So denke ich an den Vortrag mit Maurice Höfgen in Kooperation mit

der Böll-Stiftung und der Arbeitskammer und an die sehr erfolgreiche Zusammenkunft mit 65 Teilnehmern mit dem Armutsforscher Professor Butterwege in Zusammenarbeit mit der saarländischen Armutskonferenz und der Arbeitskammer.

Fortsetzen möchten wir auch weiterhin das Thema „Wirtschaft von Links“. Das Festhalten an der Schuldenbremse bei gleichzeitiger Militarisierung und den daraus resultierenden „Sparzwängen“ zu Lasten derer, die ohnehin nichts haben, braucht dringend auch eine linke wirtschaftspolitische Perspektive.

Eine Besonderheit führen wir seit letztem Jahr durch. Die Konzeption dafür stammt von Gesine Kleen, ich meine die Reihe „Politisch Frühstück“. Grundidee der neuen Reihe war es Gelegenheit zu schaffen, nach einem kurzen Input zu vorgegebenen Themen und Fragestellungen - miteinander lebendig und respektvoll ins Gespräch zu kommen. Die Gespräche wurden durch eine Moderation mit festen Regeln begleitet, so dass einander zugehört wurde, die Redebeiträge gerechter verteilt und nicht zu ausschweifend waren und alle, mittels einer Impulsfrage am Anfang und Ende auch einmal ihre Stimme in der Gruppe vernommen haben.

Um das Ganze etwas lockerer und freudvoller zu gestalten, finden die Veranstaltungen als gemeinsames Frühstück am späten Sonntag morgen statt. Die Teilnahme war immer kostenlos und auf 20 max. 25 Menschen begrenzt, so dass man noch sinnvoll miteinander diskutieren konnte. Kinderbetreuung wurde jeweils auf Nachfrage ermöglicht und war auch nachgefragt.

Das Format hat bisher gut funktioniert, war durchgängig, trotz der unterschiedlichen Themen gut besucht, teils mit immer wieder neuen Teilnehmer\*innen, teils auch mit solchen, denen offenbar das Format als solches angesprochen hat. Auffällig ist, dass eine nicht unerhebliche Anzahl der Besucher\*innen, zum ersten Mal bei uns waren.

Es gab, obschon eine kontrollierte Evaluation nur nach dem ersten Termin erfolgte, viele positive Rückmeldungen für das Format. Nach dem offiziellen Ende blieben die Teilnehmer\*innen oft noch länger, setzten Gespräche fort oder tauschten Telefonnummern. Neben der Vernetzung der Teilnehmenden pflegten wir gleichzeitig durch die Einladungen der Inputgeber guten Kontakt und Wertschätzung politisch aktiver Vereine und Initiativen hier im Saarland.

Ich muss darauf verzichten jede Veranstaltung hier zu nennen, das alles liegt Euch

schriftlich vor. Ich will nur der Vollständigkeit halber erwähnen, dass wir uns auch mit solchen profanen Dingen wie der konkreten Kommunalpolitik befassen und hier Angebote entwickeln, um ganz konkret linken Mandatsträgern in der Kommune zu helfen. Und last, but not least sind da unsere Beiträge zur Natur und Umwelt, die von Filmvorführungen bis zur Saatguttauschbörse reichen. Unsere Arbeit im ersten Halbjahr dieses Jahr ist durch Kontinuität geprägt. Manches wiederholt sich auch, weil es sich bewährt hat, wie die legendären Neujahrsempfänge oder auch unser Treffen linker Parteien, Organisationen und Menschen aus Frankreich und Deutschland auf der Freundschaftsbrücke in Habkirchen, wo wir am 7. April erneut uns an den 7. April 1848 erinnern als Karl Marx in Begleitung von Friedrich Engels und dem Schriftsteller Ernst Dronke in einer Postkutsche die Grenze von Frankreich und dem Königreich Bayern passierten. Aus dem Pariser Exil kommend, wählten unsere Genossen diesen abgelegenen Grenzposten, um preußischen Kontrollen – und damit einer möglichen Verhaftung – zu entgehen. Die Pfalz war damals bayerisch und umfasste auch das Mandelbachtal. Von der Blies gelangten Marx, Engels und Dronke unbehelligt nach Mainz, um sich nach Köln einzuschiffen und das Gesicht der Welt zu verändern. Auch haben wir uns in diesem Jahr auf recht ungewöhnlicher Weise über zwei Getränke mit dem Faschismus und Geschichte befasst. Schon im Februar luden wir in das älteste deutsche Gewerkschaftshaus, in den Rechtsschutzsaal nach Bildstock, ein, um uns mit den Kneipen zu befassen. Dr. Maren Heying erläuterte die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Arbeiterkneipe für die Entstehung und Entwicklung der europäischen Arbeiterklasse. Der Vortrag zeigte auf, wie sich in Deutschland die Kneipe bis ins 20. Jahrhundert als sozialer und politischer Raum entwickelt hat. Die Kneipe war ein alltäglicher Raum der Kommunikation, konnte eine Vermittlungsstelle für Arbeit sein, war ein Ort der Erholung und der Freizeit. Für die Arbeiterklasse hatte die Kneipe zudem eine politische Bedeutung: sozialistische Treffen und sozialdemokratische Feiern wurden dort abgehalten. Daher wurde sie auch von der Polizei überwacht und kontrolliert. Als politisch linke Treffen während der „Sozialistengesetze“ verboten wurden, wurde die Kneipe zum konspirativen politischen Raum, dessen Bedeutung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kaum zu überschätzen ist.

Nicht zuletzt war die Kneipe auch ein bedeutender Trinkort an dem Arbeiter Alkohol tranken. Dies gab Ordnungsinstanzen weitere Möglichkeiten die Gäste und Wirte zu ahnden, etwa beim Übertreten der Polizeistunde oder Ruhestörungen in der Kneipe.

„Saufen für den Führer“ nannten wir ein wenig provokativ eine Veranstaltung mit Dr. Christof Krieger, Museumsleiter von Traben-Trarbach, der uns überraschende Einblicke in eine weithin unbekanntere Seite der Arbeiter- und Konsumgeschichte unter dem Faschismus vermittelte. Wir erfuhren, warum die Nazis den deutschen Wein zum „Volksgetränk“ machen wollten.

Nie zuvor - und auch nie danach - hat es in Deutschland eine gewaltigere Absatzaktion für die heimischen Winzer gegeben: Unter der eingängigen Parole „Weintrinken ist kein Luxus!“ entfaltete das NS-Regime in den Friedensjahren des „Dritten Reiches“ eine groß angelegte Weinpropaganda, die deutschen Rebensaft nachgerade zum „Volksgetränk“ erheben wollte. Jeder einfache Arbeiter und „Volksgenosse“ sollte im Hitlerstaat regelmäßig Teilhabe an dem vormals als angeblichem Luxusgetränk bessergestellter Kreise verpönten alkoholischen Genussmittel erhalten, das nunmehr im amtlichen Sprachgebrauch zum „edelsten Erzeugnis deutscher Scholle“ avanciert war.

Um dies zu bewerkstelligen, übernahmen zwischen 1935 und 1937 annähernd 1.000 Städte vom Rheinland bis nach Ostpreußen besondere „Weinpatenschaften“ für einzelne Winzerorte, wobei im Rahmen eines im ganzen Reich stattfindenden „Festes der deutschen Traube und des Weines“ vom Parteiapparat der NSDAP allerorten volkstümliche Weinfeste und Umzüge organisiert werden sollten. Der Volksmund machte daraus rasch die Parole: „Saufen für den Führer!“ Tatsächlich wurde den deutschen Winzern damit seitens des Hitlerstaates eine propagandistische Aufmerksamkeit gewidmet, wie sie keiner anderen vergleichbaren Berufsgruppe in den Jahren der Hitlerdiktatur je zuteil geworden ist.

Aber auch mit dem Bier oder über das Bier kann man konkrete Geschichte vermitteln. 1934 tobte im Saarland ein Kampf zwischen den Befürwortern eines Anschlusses des Saargebiets an Deutschland und Hitlergegnern, die nicht wollten, dass politische Verfolgung und Terror auch an der Saar Einzug hielten.

Doch wer glaubte, dass sich die Auseinandersetzungen ausschließlich auf der politischen Ebene abspielten, liegt falsch. Was nur Wenige wussten: schon früh machten

sich einige NS-Chargen Hoffnung, aus einem möglichen Anschluss Kapital zu schlagen.

So ein Beispiel ist die Walsheimer Brauerei, bei der lange vor dem 13. Januar 1935 versucht wurde, dessen Eigentümer Dr. Hans Kanter aufgrund seiner jüdischen Herkunft und mittels einer politischen Intrige aus dem Unternehmen zu drängen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Brauerei unter dessen Leitung zur größten Brauerei im Saargebiet gewachsen und belieferte Kunden in ganz Europa. Dr. Hans Kanter unterstellte man Betrug, nahm ihn in Haft und ließ ihn erst gehen, als er alle Vermögenswerte überschrieb. Erst dann durfte er vor den Nazis fliehen, verstarb aber schon 1937 in der Schweiz. Nur noch kurze Zeit war es Kanter vergönnt in Lothringen Bier zu brauen. Dabei kreierte er die noch heute in Frankreich bekannte und nach ihm benannte Biermarke „Kanterbräu“.

Die Schweizer Journalistin und Rechtsanwältin Dr. Claudia Schoch, eine Enkelin von Hans Kanter, hat hierüber recherchiert und einen saarländischen Wirtschaftskrimi entdeckt. Sie reiste auf unsere Einladung hin eigens für den Vortrag aus Zürich an.

Natürlich gab es an diesem Abend auch „Walsheimer Bier“ zu kosten, das heute in der gleichnamigen Mikro-Brauerei auf dem ehemaligen Brauereigelände hergestellt wird. Und als wir uns mit dem Wein beschäftigten, sorgten wir auch dafür, dass wir an diesem Abend auch einen Mosel-Riesling verkosten konnten.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es war der 76. Jahrestag der „Nakba“ als wir dieses Jahr unter dem Titel „Anatomie eines Vorfalles“ Candice Breitz nach Saarbrücken eingeladen hatten. Die Nakba bezeichnet die Vertreibung und Flucht der arabischen Palästinenser während des Palästinakrieges im Mandatsgebiet Palästina und dem entstehenden Staat Israel sowie die Enteignung ihres Landes, Eigentums und Besitzes, von denen rund 700.000 Menschen unmittelbar betroffen waren.

Als weltpolitisches Brennglas steht die Region für die sich neu abzeichnenden globalen Konfliktlinien und ist gleichzeitig untrennbar mit der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der deutschen Geschichte, verwoben. Das macht den Zugang gerade aus deutscher Perspektive nicht einfach.

Wir verstehen uns als Teil einer weltweit agierenden Solidaritätsbewegung für einen gerechten Frieden in Nahost. Wir sind nicht Teil der angeblichen Demokraten, die auch die rechtsradikale AFD beinhaltet, die von

„Staatsräson“ schwafeln.

Wir haben eine grundsätzlich andere Vorstellung von Solidarität. Wir stehen stets an der Seite der Opfer willkürlicher Herrschaft, wir haben an der Seite der Geknechteten und Bedrängten zu stehen. Deswegen ist die völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischer Gebiete, die Zerstörung palästinensischer Dörfer sowie die Inhaftierung und Tötung von Palästinensern, darunter auch vieler Kinder zu verurteilen.

Drücke ich mich deswegen um eine Bewertung des 7. Oktober, einer Bewertung der Hamas herum? Nein, ich nenne Verbrechen, Verbrechen, auch wenn ich sehr wohl weiß, dass Niemand als Menschenschänder geboren wird. Wir haben kein Verständnis für Angriffe, Vergewaltigungen und Ermordungen unschuldiger Zivilisten. Auch ihnen gilt unsere Solidarität.

Und wir sind uns der besonderen Schwierigkeit als Deutsche bewusst. Es waren Deutsche, die dieses einmalige Verbrechen des Holocaust begangen haben und deswegen auch eine besondere Verantwortung haben, dass Juden in Frieden und Freiheit leben können. Daraus hat sich auch eine besondere Sensibilität gegenüber einem Antisemitismus ergeben. Zu diesem Problem muss viel gesagt werden.

Eindeutig erscheint mir allerdings die Erkenntnis, dass man diesen Konflikt und diese Kriege nicht verwalten oder gar militärisch lösen kann. Die Rechte des palästinensischen Volkes sind zu achten.

Seit Jahren wird intensiv ein Streit um eine Definition des Antisemitismus geführt. Eine solche Debatte hat durchaus Platz innerhalb der Peter-Imandt-Gesellschaft. Wir versuchen eine einseitige Sicht auf den komplexen Nahostkonflikt zu vermeiden. Die jeweiligen einseitigen Argumentationen im deutschen Diskurs über Nahost verraten allzu oft, dass es mehr um „deutsche Befindlichkeiten“ geht, die mit Israel und Palästina gar nicht viel zu tun haben und produktive Beiträge zur Lösung des Nahostkonflikts erschweren. In der linken Öffentlichkeit in Deutschland führen diese Befindlichkeitsdiskurse gar zu unsinnstiftender Verwirrung, heillosem Konflikt, sogar zu offener Feindschaft, etwa zwischen traditionellen Antimperialisten und sogenannten Antideutschen, die sich wechselseitig Antisemitismus oder Rassismus vorwerfen.

Der Nahost- und Antisemitismusstreit hat eine immense Bedeutung und Sprengkraft. Dabei verläuft die Auseinandersetzung auch innerhalb der Linken selten solidarisch. Starke Identifikationen sowie extreme und zu-

dem häufig antagonistische Positionierungen und Blickwinkel kennzeichnen die Debatte. Regelmäßig kommt es auch zu sehr persönlichen und verletzenden Vorwürfen und Angriffen. Unser Bemühen als Peter-Imandt-Gesellschaft war und ist es, zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen.

Das war auch unsere Motivation zur Einladung an Candice Breitz. Die Absage der Ausstellung hat nicht nur im Saarland eine enorme Kontroverse ausgelöst, die sich auch in den internationalen und deutschen Medien - darunter in der „New York Times“ und „Le Monde“ widerspiegelt. Wir hatten die Veranstaltung „Anatomie eines Vorfalls“ genannt. Das Kino war überfüllt. Alle sprachen über den Fall Breitz, wir holten sie nach Saarbrücken, Patric und ich gehören zu den Erstunterzeichnern der Künstlerinitiative „Kunst ist kein debattenfreies Idyll“, Unterstellt wird der Künstlerin und Jüdin das Fama des Antisemitismus. Es gäbe kontroverse Äußerungen. Richtig ist, sie übt Kritik an der Politik der rechtsextremen Regierung Israels. Dies als Antisemitismus zu bezeichnen mag der aktuellen Logik der Staatsräson entsprechen, belegbar ist es nicht. Hat irgendwer der Verantwortlichen über diesen Vorwurf mit der Künstlerin gesprochen.? Nein.

Candice Breitz bezeichnet die Absage als antisemitisch, zumal sich hier eine deutsche Institution in die Position des Urteilenden versetzt, was jüdische Menschen in diesem Land sagen dürfen und denken - und dies ohne Gespräch. So würden Schein-Gerichte funktionieren, stellte sie in einem Interview im Dezember fest.

Ob Legislative, Judikative oder Executive, sie haben einst fast alle Judenmörder und Nazis laufen gelassen und spielen sich nun als Experten für Antisemitismus auf. Nicht etwa wegen der Schoah, sondern wegen Kriegstüchtigkeit ist Israels Sicherheit Staatsräson.

Wenn die Kultusministerin Christine Streichert-Clivot etwas gegen Antisemitismus tun will, dann darf sie uns sicher an ihrer Seite wissen. Unsere Lehre aus der Geschichte bedeutet, stets und immer solidarisch auf der Seite jener zu stehen, den Gewalt und Unrecht angetan wird.

Und wenn der Verteidigungsminister Yoav Gallant der rechtsradikalen Regierung Netanjahu, bezüglich der Kriegsführung im Gaza-Streifen sagt: „Kein Strom, kein Essen, kein Sprit. Alles wird abgeriegelt. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und handeln entsprechend,“ dann verlangt das Protest und Widerspruch. Und wenn die verstorbene

Ehrevorsitzende der VVN- Bund der Antifaschisten, die Saarlouiserin und Ausschwitzüberlebende Esther Bejarano sich selbst als Antizionistin beschrieb, dann kann man diese Meinung nicht mit angeblichen „Tokenizing“ abtun, wie die Sprecherin der „saarländische Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ dies belehrend und hochtrabend uns per Saarbrücker Zeitung mitteilte.

Ich habe auf der Veranstaltung ganz bewusst den Satz von Rosa Luxemburg als Richtschnur genannt: „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“ Es zeichnet unsere Gesellschaft aus, dass wir den demokratischen Diskurs nicht nur wollen, wir organisieren ihn. Wir hatten deshalb alle Beteiligte an dieser Auseinandersetzung eingeladen, hier am dem Gespräch mit der Künstlerin teilzunehmen. Wir bedauern sehr, dass unser Idee nach diesem Gespräch miteinander nicht von den Befürwortern der Ausladung aufgegriffen wurde. Wir waren da zu unterschiedlichen Formen bereit.

Hinterher meinten einige Antisemiten-Experten, sie hätten gerne ihre Thesen auf der Veranstaltung gegen Candice Breitz vorgelesen, Da wollten sich einige auf unsere Kosten hin profilieren. Nur war darunter kein Mensch, der in irgendeiner Weise mit der Ausladung von Candice Breitz involviert war. Ich denke nicht daran, irgendwelchen anti-deutschen Thesen eine Plattform zu bieten. Ich finde es auch bezeichnend und nicht für die Autoren und Presseorgane sprechend, wenn weder die Saarbrücker Hefte noch das Konkret Magazin es für notwendig empfinden, die Veranstalterin, also uns, auch nur zu erwähnen.

Es ist unser Verdienst, Candice Breitz ins Saarland gebracht zu haben, wir haben eben nicht nur geschwätzt, sondern etwas ganz konkretes getan, auch wenn wir dafür nicht nur Lob erhielten. Es hat auch zu zwei Austritten geführt.

Unser vormals erster Vorsitzender und MdB Thomas Lutze hat nicht nur seine Partei Die Linke verlassen und ist zu der Zeitenwende-Partei SPD gewechselt. Wir haben ihn in unseren Vorstand gewählt und ihm Raum und Zeit gegeben, obwohl dafür nicht alle Freunde Verständnis hatten. Er ist jetzt wegen der Candice Breitz-Veranstaltung und auch wegen des Vorschlages Dennis Lander als Vorsitzender wählen zu wollen, ausgetreten. Schon seit Jahren hat er ja mit Genossen Heinz Bierbaum kein Wort mehr gewechselt, was die Vorstandsarbeit nicht gerade erleichterte.

Mit der gleichen Mail, allerdings gaben sie in

dieser Mail keine Begründung an, ich kann also nur vermuten, da er dies gegenüber der VVN-BDA als Begründung angab, verabschiedete sich auch Max Hewer, der als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung sein Studium mit zu verdanken hat.

Ich gestehe, mich lassen solche Austritte nicht kalt, da nicht nur ich mich bemüht hatte, ihnen einen Platz im Rahmen eines linken Pluralismus zu geben. Lutze und Hewer hatten bei uns ihren Platz und hätten auch weiterhin ihre Meinung einbringen können. Ich bin entsetzt und enttäuscht über Ton und Art dieses Blasenverhaltens, dieser Unfähigkeit zur Debatte und Diskussion.

Mich bewegt als Vorsitzender unserer Gesellschaft die Diskussionskultur sehr. Ich vermisse den Respekt vor dem Andersdenkenden. Ich finde kaum noch ein sachliches Abwägen von Argumenten. Wir reden nicht mehr miteinander. Und es finden erbitterte Kämpfe über Deutungshoheiten statt, dabei sind Hass an der Tagesordnung. Ernsthaftige Diskussionen sind so kaum zu führen. Viele leben in ihrer Blase und sehen andere Positionen gar nicht mehr – und wenn dies doch der Fall ist, dann unterstellen sie ihnen, ihre wahre, schlechte Absicht verschleiern zu wollen.

Vor einem Jahr habe ich mich von meinen 5.000 sogenannten Freunden auf Facebook genau aus diesen Gründen verabschiedet. Ich schrieb: „In der letzten Zeit stört mich immer mehr das selbstherrliche Blasenverhalten, was eine Diskussion fast unmöglich macht. Manchmal denke ich, sie wollen gar keine Menschen überzeugen, sondern nur auf ihrer Meinung beharren und moralisch sich selbst erhöhen, indem sie andere erniedrigen. Ich komme zum Schluss, dass mir die Form aktuell nicht mehr passend erscheint. Deswegen verlasse ich Facebook...“

Gerade als Linke müssen wir in dieser Zeit der Polykrisen weg vom Konformitätsdruck und einseitiger Lagerbildung in der Gesellschaft und weg von einem ungunstigen Schwarz-Weiß-Denken. Die Angst vor dem Beifall von der „falschen Seite“ ist ebenso verbreitet wie der Protest von der „richtigen Seite“. Deswegen wird das eine oder andere Problem tabuisiert. Wer angesichts der Komplexität diverser Materien in Zwangsläufigkeiten denkt, stellt sich ein Armutszeugnis aus und leugnet den Handlungsspielraum. Das zeigt sich gerade in der Palästina-Frage. Kaum ein deutscher Linke traut sich seine Solidarität zum Ausdruck zu bringen, bringen sich folglich gar nicht mehr ein. Viele befürchten Ausgrenzung, wenn sie Positionen

vertreten, die von einer herrschenden Meinung abweichen. Sie haben dann eine Scheure im Kopf. Ob der Druck echt ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Sobald er eingebildet ist, wirkt er.

Sahra Wagenknecht hat in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ das so beschrieben: „Es scheint, dass unsere Gesellschaft verlernt hat, ohne Aggression und mit einem Mindestmaß an Anstand und Respekt über ihre Probleme zu diskutieren. An die Stelle demokratischen Meinungsstreits sind emotionale Empörungsrituale, moralische Diffamierungen und offener Hass getreten. Das ist beängstigend. Denn der Weg von verbaler Aggression zu handfester Gewalt ist kurz, wie nicht zuletzt die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten zeigen.“

Ich war sehr gerührt als Candice Breitz sich bei mir unter Tränen für die Veranstaltung bedankte und betonte, wir hätten ihre Reputation und Würde wieder hergestellt. Eine Woche später schrieb sie eine Dankesmail an unsere Gesellschaft, einige Sätze aus dieser Mail auch Euch zur Kenntnis:

„Ich möchte mich bei Ihnen und der Imandt-Gesellschaft für die große Unterstützung und Großzügigkeit bedanken, die es mir ermöglicht hat, meine Meinung zu sagen. ... Eines der Dinge, die mir sehr klar wurden, nachdem ich gespürt hatte, wie viel Solidarität im Saarland vorhanden war, war, dass ich die Verantwortung habe, weiterhin gegen die ungeheuerliche politische Einmischung zu protestieren, die die Entscheidung, meine Ausstellung abzusagen, kennzeichnete, nicht nur um meiner selbst willen, sondern offensichtlich, weil viel mehr auf dem Spiel steht, für alle im Saarland, für alle in Deutschland. Die andere Erkenntnis für mich war, dass ich meinen Protest mit den Strategien fortsetzen werde, die ich am besten kenne, mit anderen Worten, mit kreativen Strategien. Ich habe vor, im Sommer ins Saarland zurückzukehren und möglichst viele Akkordeonspieler (egal, ob sie sich mit dem Akkordeon auskennen oder nicht) zu mobilisieren, damit sie sich mir bei einem sehr öffentlichen Protest auf dem Platz vor dem Saarlandmuseum anschließen, demselben Platz, auf dem Esther Bejarano und ihre Familie einst lebten. Ich werde Sie über meine Pläne auf dem Laufenden halten, sobald sie sich entwickeln. ... Es war eine Ehre, Horst Bernard kennenzulernen, und ein Privileg, dass er den Abend mit uns verbracht hat, ein Mann, der die Repression wirklich erlebt hat und die Tiefe und Bedeutung des Vermächtnisses von Esther Bejarano versteht. Aus all diesen Gründen fühle ich mich sehr geehrt, Ihr Gast gewesen



zu sein.“

Ich habe mich im Namen unserer Gesellschaft bei ihr für ihre Kreativität, ihre klare Haltung, ihre Fähigkeit die Menschen in ihren Bann zu ziehen und ihren Mut bedankt. Ich denke, wir haben eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Veranstaltungen der letzten Jahre durchgeführt und ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Patric Bies für sein Engagement in dieser Angelegenheit danken.

Ich will aber auch darauf hinweisen, dass die Auseinandersetzung weitergeht und Candice eine Aktion für den Sommer angekündigt hat. Da erstens am 20. Juli vor 80 Jahren ja eine allgemein bekannte Widerstandsaktion stattfand und zweitens da die Familie Bejarano ihren Wohnsitz dort hatte, wo heute sich die Hochschule für Musik befindet, ist der Platz vor dem Museum eine geeignete Stelle, an der man sich sechsten Abendstunde einfinden sollte, wobei ich nicht davon ausgehe, dass sich dann eine Finsternis über das ganze Land ausbreiten wird. Aber, ihr solltet das in eure Kalender eintragen.

Weniger Bibel-lich, dafür ein wenig bildlich, es ist recht finster im Land. Aber wir orientieren uns an den Worten des chinesischen Philosophen Konfuzius: „Es ist besser, ein einziges kleines Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen.“

Schon vor einem Jahr auf der Mitgliederversammlung habe ich mich unter der Überschrift „Überlegungen zur Bildungsarbeit in Zeiten der Krise und des Krieges“ mit unserer Diskussionskultur befasst und die These aufgestellt, dass die Grundsubstanz linken Denkens in Frage gestellt würde und betont, dass wir den Kampf um die Köpfe führen müssen. Ich will diese Ausführungen nicht wiederholen. Sie können nachgelesen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen.

als Peter-Imandt-Gesellschaft sind wir mehr oder weniger auch eine Landesvereinigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zumindest arbeiten wir aufgrund jährlicher Verträge mit der RLS zusammen und bekommen etwa 30.000 Euro für unsere Projektarbeit an der Saar. Es ist das Verdienst unserer Gründer, und da sind in besonderem Maße unsere Geburtshelfer Dr. Lutwin Bies, Horst Bernard und Patrice Bies zu nennen, die in kluger und vorausschauender Weitsicht die Peter-Imandt-Gesellschaft schufen und ihre Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung gründeten und ausbauten, um fortschrittliche, linke und sozialistische, verschiedene Richtungen von linkem Denken, einen Raum zu geben. Damit wurde es mög-

lich 25 Jahre lang die politische Kultur an der Saar mitzutragen und vielen engagierten Menschen eine Plattform und Diskussionsräume zu ermöglichen. Schließlich schufen wir diese Räumlichkeiten und zwei halbe Stellen für die politische Arbeit und die eine oder andere materielle Ressource für den einen oder anderen linken Denker. Diese Taten und das Wirken von Patric Bies und dann Gisela Ruge und schließlich Gesine Kleen werden stets mit dieser Arbeit in Verbindung gebracht werden. Wir haben allen Grund Danke zu sagen.

Wir wissen nun nicht erst seit den Wahlen im Juni von den Schwierigkeiten der uns nahestehenden Partei, was ja auch Auswirkungen auf deren Stiftung haben wird. Folglich hat das wiederum Auswirkungen auf die Netzwerkarbeit dieser Stiftung und damit auch auf unsere Peter-Imandt-Gesellschaft und auf die hauptamtlich Beschäftigten der RLS und deren Räume. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Bildungsarbeit in der gegenwärtigen Situation der uns nahestehenden Partei intensiviert werden müsste, soll die Partei als bundesweite Kraft verankert bleiben und wieder in die Offensive kommen. Es ist die geteilte Einschätzung der Landesstiftungen, die auch wir Saarländer teilen, dass die hauptamtliche Unterstützung eine notwendige Voraussetzung unseres ehrenamtlichen Engagements ist; unser Engagement wird ganz entscheidend durch sie ermöglicht und wäre ohne diese nicht in vergleichbarer Form aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass die hauptamtliche Netzwerk- und Unterstützungsarbeit, die als Kraftverstärker für unser Ehrenamt dient, nicht von Berlin aus geleistet werden kann. Daraus folgt, dass mindestens die Betreuung jeder Landesstiftung durch ein arbeitsfähiges Regionalbüro erhalten bleiben müsste.

Wir haben deshalb gegenüber dem Bundesvorstand gefordert, am strategischen Verständigungsprozess der Gesamtstiftung beteiligt zu werden. Dieser Forderung ist man auch mit einer Strategiekonferenz, an der Dennis Lander teilnahm, nachgekommen.

Nun muss man sehr nüchtern sehen, dass weder die Situation für die Stiftung noch die aktuellen Prognosen für die Partei Die Linke nicht sehr erbaulich sind, und es ist uns schon klar, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer Betriebsänderung nicht vorbeikommen wird. Und wir sind recht sicher, dass das erhebliche Veränderungen zur Folge haben wird. Wir haben unsere Meinung gesagt, aber die Entscheidungen werden nicht von den Landesstiftungen und von uns

gefällt. Letztlich wird der Vorstand in Berlin entscheiden. Auf der letzten Versammlung in Vorbereitung dieser Hauptversammlung haben wir darüber schon diskutiert.

Wir gehen allerdings davon aus, dass das in einem angemessenen zeitlichen Rahmen erfolgen wird, und dass die gesetzlichen und tariflichen Bedingungen bei den Kündigungen bedacht werden. Wir gehen ferner davon aus, dass es weiterhin möglich sein wird, politische Bildungsarbeit zu betreiben. Es wird aber eine Konzentration geben, die Möglichkeiten werden kleiner werden und die Verantwortung für die ausgehenden Geldern wird höher werden.

Wir werden weiter in diesem Prozess mitdiskutieren und mit all uns zur Verfügung stehenden Argumenten versuchen, möglichst viele Ressourcen an der Saar halten zu können. In diesem Sinne sind wir auch mit dem Vorsitzenden der RLS, unserem Genossen Heinz Bierbaum, und natürlich auch den anderen verantwortlichen Genossinnen und Genossen in Berlin im ständigen Kontakt. Wir sollten uns aber auch klar darüber sein, dass wir uns bestimmten objektiven Entwicklungen nicht entziehen können.

Vor vier Jahren hatte ich hier erstmals den Wunsch geäußert, nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden zuständig zu sein, vor zwei Jahren dann habe ich mich zwar noch einmal überreden lassen, aber versichert, dass ich 2024 auf keinen Fall mehr kandidieren will. Als man mich 2002 fragte, ob ich Vorsitzender werden wollte, da war ich Krankenpfleger im Sulzbacher Krankenhaus, Personalratsmitglied und Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Man wollte damit ganz gewusst einen aktiven Gewerkschafter gewinnen, um als linke Bildungseinrichtung in die Gewerkschaften zu wirken.

In den 22 Jahren haben wir viel erlebt, viel organisiert und diskutiert. Nichts möchte ich missen. Ich war kein Vereinsmensch, mir ging es stets um die Inhalte und das Bemühen, den verschiedenen Richtungen in der politischen Bildungsarbeit zu entsprechen. Es ging darum, den „Laden“ zusammenzuhalten. Die Zusammenarbeit mit der uns nahestehenden Partei wurde von vielen sehr kritisch beäugt und war wahrlich nicht immer leicht. Da gab es den Versuch, uns zu vereinnahmen und zu bevormunden. Er war vergebens.

Unsere Zusammenarbeit und Kooperationen sind beispielhaft, unsere Leistungen auf dem Gebiet der regionalen Geschichte wegweisend, Fragen der praktischen Ökologie und der Landwirtschaft gehören zu unserem Profil wie die Werkstatt Wirtschaftsdemokratie.

Unsere länderübergreifenden Initiativen gaben Impulse nach Frankreich, Luxemburg und Belgien, wir waren per Bildungsreisen in Russland und übten uns in Volksdiplomatie, wir gaben Bücher heraus und erfanden mit der Gewerkschaft ver.di und der VVN-BdA die Marta-Drumm-Medaille für großartige Pflegepersonen. Wir organisierten Kommunalkonferenzen und gaben Tipps für praktische Arbeit in den Kommunen, wir organisierten Lesezirkel und brachten die Literatur auf Wald und Wiese in den Blies- und Saargau und wie schön sind doch unsere Neujahrsempfänge im Kino 8 ½ mit den überaus kurzen Ansprachen des Vorsitzenden und dem leckerem Umtrunk. Politik, Kultur, Natur, Exkursion, Konferenzen - all das ist die Peter-Imandt-Gesellschaft und die Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Saar.

In diesem Januar blickten wir auf 25jährige Existenz als Peter-Imandt-Gesellschaft zurück. Und wir versichern, dass wir weiterhin aufklärerisch und informativ Bildungsarbeit betreiben wollen.

Ich danke Euch, dass ich 22 Jahre lang dabei Eurer Vorsitzender sein durfte. Nun bin ich 70 Jahre alt und ich merke, dass mir in zunehmenden Maße, dieses Zusammenhalten immer schwerer fällt. Mir blieb nicht verborgen, als nicht wenige Zuhörerinnen und Zuhörer beim letzten Neujahrsempfang mir keinen Beifall mehr spendeten. Es wird Zeit für neue Impulse. Die Peter-Imandt-Gesellschaft muss sich auf eine neue Zeit einstellen. das wird eine wichtige Arbeit. Ihr braucht neuen Schwung. Ich wünsche deshalb den neu zu Wählenden alles Gute, viel Kraft und eine glückliche Hand.

Dies ist mein letzter Rechenschaftsbericht, der stets ja etwas anderes war, vielleicht auch zu lang. Ich habe versucht, mein Bestes für die Peter-Imandt-Gesellschaft zu geben. Das war nie eine Last, weil es einfach war, mit den Hautamtlichen der RLS zusammenzuarbeiten. Unser Verhältnis war stets ehrlich, freundschaftlich und solidarisch.

Ich habe das ehrenamtlich gemacht ohne jemals einen Cent dafür erhalten zu haben. Und als man mich aus Dank als Mitfahrer auf eine dreitägige Reise nach New York mitnehmen wollte, sagte ich Nein, weil ich das albern und ökologisch unverantwortlich fand. Diese Gesellschaft hat mir genug geschenkt, dadurch, dass ich Euer Vorsitzender sein durfte.

Ihr habt mein Leben bereichert. Ich danke Euch.

Glückauf.